

Wien, am Mittwoch, den 22. Dezember 1926.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Dezember 1926.

FORTSETZUNG DER BERATUNGEN DES VORANSCHLAGES.

Der Bürgermeister eröffnet um 10 15 vormittags die Sitzung und erteilt zur Fortsetzung seiner gestrigen Ausführungen dem Gemeinderat Stöger das Wort. Während der Bürgermeister die Sitzung eröffnete, waren ausser den Christlichsozialen Gemeinderäten auch viele sozialdemokratische Gemeinderäte im Saal anwesend. Als Gemeinderat Stöger zu sprechen begann, verliessen die Sozialdemokraten den Saal, was den christlichen Gemeinderat Untermüller zu dem Zwischenruf veranlasste: Die Herren gehen schon wieder. Das ist wie bei einem Ringelspiel.

G.R. Stöger setzt seine Ausführungen über den Winexprozess fort. Der Prozess hat nun seinen vorläufigen Abschluss gefunden. Was aber nun? Will die Gemeindeverwaltung ihre Schuld an dem Winexskandal noch vergrössern. Es ist Ihre Pflicht, jetzt einmal Ordnung zu machen. Eine strenge Disziplinaruntersuchung für alle Beteiligten muss durchgeführt werden. Es geht auch nicht mehr länger an, dass die Gemeinde Wien als Dienstgeberin ihren Angestellten die Verbandsbeiträge abzieht, daher Schluss mit dem Abzug der Verbandsbeiträge. Der Oberbolschewik Lasch will mit Verbandsgeldern die Winex, die ein bodenloses Fass ist, sanieren. Wie ich seinerzeit vor Wottawa warnte, warne ich heute vor dem städtischen Oberkommunisten Lasch.

Es wird in Kollegenkreisen behauptet, dass Lasch die Ursache war, dass der Verband erklärte, er fühle sich als Privatbeteiligter beim Winexskandal nicht geschädigt. Was ist der Herr Lasch für ein Mann? Sein Personal hat ihn von oben bis unten angespuckt, aber er ist noch immer städtischer Chef (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Hinausgeworfen wurde er schon!) Ein Familienvater hat mir von Herrn Lasch erzählt, dass er als alter Familienvater während des Krieges vom Herrn Oberleutnant Lasch georfeigt wurde. (Entrüstung bei den Christlichsozialen: Unerhört! So ein Leuteschinder!) Wie grosszügig Herr Lasch das Personal ausbeutet, ebenso grosszügig ist er im Verdienen. Der Bundeskanzler hat ein monatliches Einkommen von 2000 Schilling, Lasch jedoch muss ein höheres haben. Er bezieht als Leiter der Leichenbestattung 1132 Schilling und als Vorstand der Magistratsabteilung 13a ebenfalls 1132 Schilling. (Rufe bei den Christlichsozialen: Halt ein Proletariatsgehalt!) Das ist aber noch zu wenig. Lasch bekommt ausserdem ein Bilanzgehalt von 2500 Schilling und - das folgende kann ich zwar nicht beweisen, ist aber sehr wahrscheinlich - ein Prozent von dem Umsatz der Leichenbestattung. Lasch ist Direktor der Wihoko, Macher in der städtischen Kreditanstalt, er ist Sanierer der Winex und sitzt im Reichsverband. (Zwischenrufe bei der Minorität: Was der aber alles leisten kann, das ist eine kostbare Kraft für die Gemeinde.)

Der Redner bespricht nun die Verhältnisse im Gewerbebestand und dann beschäftigen sich seine Ausführungen ausführlich mit der Schulfraße und der Einrichtung der Elternratsvereinigungen. Der Tenor seiner Ausführungen darüber ist die Forderung, dass der städtische Stadtschulrat verschwinden müsse.

G.R. Stöger beschäftigt sich dann eingehend mit den vom Verlag für Jugend und Volk herausgegebenen Kinderbüchern. Sogar hier wird versucht die alten Märchen mit glaubensfeindlichen Tendenzen zu durchsetzen. In einem solchen Büchlein kann man folgenden Satz lesen: "Das zahme Schwein ist ein reines Tier, es hat sich nur durch die Menschen an den Schmutz gewöhnt!" (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). In der Schulfrage wird gleichfalls versucht eine schwere Schädigung der Jugend durchzusetzen. Wir sind heute in Wien bereits so weit, dass grosse Firmen bei der Anstellung von Praktikanten und Lehrlingen auf das Zeugnis der Bürgerschule pfeifen, weil sie wissen, dass das schönste Zeugnis nichts nützt, wenn der Schulentlassene mit den Grundbegriffen der menschlichen Bildung, mit der Kenntnis des Lesens, Schreibens und Rechnens, auf Kriegsfuss steht.

Der Redner zitiert dann sehr ausführlich aus dem Buche von Dr. Otto Bauer über die österreichische Revolution, die sich auf die Schulfrage beziehen. Insbesondere beschäftigt er sich eingehend mit dem Satz: Die Schule der Republik kann keine neutrale sein, so etwas gibt es nicht. Sie kann nur eine Aufgabe haben, Republikaner zu erziehen. So spricht der Führer, während die Unterläufer das noch immer leugnen. Gemeinderat Stöger beschliesst dann seine Rede mit den Worten: dass die Christlichsozialen gegen das Budget, das mit einem fanatischen Hass gegen das Christentum und den Mittelstand getränkt ist, stimmen müssen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl unterbricht die Sitzung. Nach ungefähr zehn Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet und Bürgermeister Seitz führt folgendes aus:

Wir haben nunmehr neun Redner in der Generaldebatte gehört und diese haben insgesamt $1\frac{3}{4}$ Stunden gesprochen. Ihr Angriff gilt vor allem der Finanzverwaltung und natürlich den Steuern. Nun, der Finanzreferent hat im Einvernehmen mit den amtsführenden Stadträten ^{wohl erwogen} ob und welche Steuererleichterungen möglich sind. Es wurde eine Zusammenstellung darüber gemacht, die sich auf verschiedene Steuern und Gebühren erstreckt, in deren Vordergrund aber doch die Ermässigung der Fürsorgeabgabe steht. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, noch während der Beratungen des Budgets im Senat mit dem Obmann der christlichsozialen Opposition im Gemeinderate über die Art der Führung der Budgetdebatte und auch über die im Vordergrund des Interesses stehende Ermässigung der Fürsorgeabgabe Fühlung zu nehmen. Er hat meine Anregung seinem Klub vorgelegt, aber der Klub der christlichsozialen Partei hat derart darüber einen ganz unmöglichen Beschluss gefasst. Er hat zwar die Ermässigung der Fürsorgeabgabe zur Kenntnis genommen, im übrigen aber verlangt, das überhaupt noch nicht fertiggestellte Budget sei im Laufe des Jahres so zu ändern, dass daraus ein Entgang von Steuern im Betrage von ungefähr zwanzig Millionen Schilling resultieren. Ueber die Art dieser Neugestaltung unseres Steuerwesens hätte ein aus beiden Parteien zusammengesetztes Komitee gemeinsam mit dem Finanzreferenten zu beraten. Drittens sollten wir erklären, dass die Personalpolitik sachlich und von politischen Momenten unbeeinflusst zu gestalten sei.

Was nun die erste Forderung anlangt, so kann ich nur sagen, dass wir die Absicht haben, Steuerermässigungen insbesondere hinsichtlich des einen Sechzehntel Prozentes der Fürsorgeabgabe vorzunehmen,

die dritte Forderung aber muss ich ^{ex limine} abweisen, weil ich mit der Anerkennung dieser Forderung selbstverständlich gegen den Herrn Personalreferenten den Vorwurf erhoben hätte, dass er bisher nicht sachlich verwaltet und gearbeitet hätte. Es blieb also nur Punkt 2. Ich musste die Forderung, dass ein Komitee die Einnahmewirtschaft, also vor

allem die Steuern einer gründlichen Durchberatung zu unterziehen und Vorschläge für eine Ermässigung von zwanzig Millionen Schilling zu erstatten hätte, abweisen und zwar aus einem sehr naheliegendem Grund. Die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft ist ja die eigentliche Verwaltung. Man kann sie nach den Grundsätzen der Mehrheit führen - natürlich unter Berücksichtigung berechtigter Wünsche der Minderheit - man kann sie aber auch nach den Grundsätzen der Koalition von Parteien führen. Wir haben in Oesterreich schon beide Formen der öffentlichen Verwaltung mit all ihren Vor- und Nachteilen erlebt, aber ich glaube mich mit der christlichsozialen Partei in der Meinung zu begegnen, dass wir mit Koalitionsregierungen keine guten Erfahrungen gemacht haben.

Nach diesen Auseinandersetzungen hat die Budgetdebatte in den Formen begonnen, wie wir sie tagelang beobachtet haben. Wenn es so weiter geht, werden wir bis 31. Dezember 12 Uhr nachts die Budgetdebatte nicht zu Ende gebracht haben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das kann schon sein!) Was würde dann geschehen? Die Einnahmen laufen selbstverständlich unabhängig von Beratungen fort - das beruht auf einer Wiener Verfassungsspezialität. Die Ausgaben dagegen können nicht gemacht werden, weil weder für die dazu notwendigen Ausschussbeschlüsse, noch für die Senats- und Gemeinderatsbeschlüsse eine Basis vorhanden ist. Ein Auskunftsmitglied in diesem Falle wäre der § 96 der Verfassung. Das ist jener geringe Teil des Erbes von Dr. Lueger, mit dem ich zufrieden bin. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Jedenfalls ist es aber kein angenehmes und kein schönes Auskunftsmitglied). Blicke also - wenn man formal vollkommen korrekt handeln wollte, nur die gänzliche Einstellung der Ausgaben. Ich glaube nicht, dass irgend jemand - die Opposition eingeschlossen - so etwas verantworten könnte. Welchen Sinn hat aber die Obstruktion? Ich habe selbst, solange ich im parlamentarischen Leben stehe - und das sind Jahrzehnte - an der Bekämpfung der Obstruktion mitgewirkt, ich habe im alten österreichischen Parlament und im Parlament der Republik an dem Entwurf der Geschäftsordnung, die womöglich jede Obstruktion ausschliesst, initiativ mitgewirkt, ich bin ein Gegner der Obstruktion. Aber ich verhehle durchaus nicht, dass mir bis jetzt überhaupt kein namhafter Politiker vorgekommen ist, der erklärt hätte, dass er für immer und ewig die Obstruktion aus dem Arsenal seiner politischen Waffen ausschliesst. Solange es Parlamente gibt, wird es auch Obstruktion geben, sie ist unter gewissen Voraussetzungen vernünftig. Sie war vernünftig, wenn ihr Erfinder ^{der Engländer} Parnell aus der Negation des Staates, dem er angehörte, den Schluss zog, er müsse auch sein wichtigstes Instrument, das Parlament bekämpfen, oder wenn im alten Oesterreich Tschechen oder Ruthenen diesen Staat und daher auch sein Parlament regierend, Obstruktion machten. Eine Obstruktion ist auch zur Abwehr irgendeines grossen Angriffes gegen eine Nation, gegen eine Klasse oder einen grösseren Stand der Gesellschaft begreiflich. Ich sage ganz offen, dass meine Partei erst vor kurzem im österreichischen Nationalrat Obstruktion gemacht hat, als die Abschaffung des Mieterschutzes drohte. Zur Abwehr ist also die Obstruktion unter Umständen unerlässlich. Sie ist ^{also} auch begreiflich gegen irgend welche Gewaltakte der Geschäftsführung gegenüber der Opposition. Wenn ich aber nach all diesen Grundsätzen die hier im Gemeinderate ausgebrochene Obstruktion prüfe, dann komme ich allerdings zu dem Schluss, dass ihr jede Vernunft, ja jede Entschuldigung fehlt. Ein kleines Beispiel wird Ihnen das sofort beweisen. Wir Sozialdemokraten sind schroffe Gegner der Warenumsatzsteuer. Wir halten viele Ihrer Positionen für absolut unzulässig. Dass jemand zum Beispiel die Warenumsatzsteuer von acht Prozent auf Mehl für richtig und nützlich hält, andererseits aber darüber wehklagt, dass man, wenn man sich eine Opernloge kauft, fünf Prozent Lustbarkeitsabgabe

zahlen müsse, so erscheint uns das unsinnig. Wir halten zum Beispiel die Warenumsatzsteuer auf Brot, das sich ein Arbeitsloser kauft, für absolut ungehörig, für unzeitgemäß und für wirtschaftlich und sozial schädlich. Aber wenn wir Sozialdemokraten heute mitten in der Budgetdebatte im österreichischen Nationalrat dem Bundeskanzler den Antrag stellen, er möge ein Komitee der beiden Parteien einsetzen, damit es berate, wie die Warenumsatzsteuer umzugestalten sei und wenn ich dann bei Ablehnung dieses Antrages mit Obstruktion gegen das Budget einsetze, so würde wohl jeder vernünftige Mensch sagen, wir seien irrsinnig geworden!

So aber geht es jetzt im Wiener Gemeinderat zu! Was müsste also jetzt geschehen? Ich bin der Ansicht, dass der Voranschlag bis 31. Dezember dieses Jahres zu Ende beraten werden soll. Geschieht das nicht, dann müssen Vorkehrungen getroffen werden um die Ausgabenwirtschaft klaglos fortzuführen. Ein Aufhören der Ausgabenwirtschaft ist ganz unmöglich, das sieht jeder auf den ersten Blick, denn wenn man das grundsätzlich durchführen wollte, so hiesse es ja, konsequent und formal einwandfrei, praktisch, dass ich vom 31. Dezember 1926, zwölf Uhr nachts an überhaupt keinen Heller mehr ausgeben dürfte und dass überhaupt die Gemeinde von dieser Stunde an zu keiner Leistung berechtigt wäre. Und wenn in dieser Nacht Schnee fällt, müsste ich die Schneebäumung um zwölf Uhr nachts einstellen, und wenn in dieser Nacht ein Kranker im städtischen Krankenhaus eine Injektion oder eine Arznei zu bekommen hätte, so müsste ich sagen: das geht nicht, denn ich darf keine Ausge machen und keine Leistung vollführen. Das wäre also ein ganz unsinniger Zustand. Ich muss den Beamten die Gehälter auszahlen, weil sie ein gesetzliches und moralisches Recht darauf haben; ich muss die Waisenhäuser erhalten und die dort befindlichen Kinder ernähren, ich muss die Versorgungshäuser erhalten und ihre Insassen ernähren. Ich muss auch, wenn ein Brand ausbricht, die Feuerwehr in Dienst stellen und muss das notwendige Benzin für die Automobile ^{der Feuerwehr} beschaffen, ich kann auch den Obdachlosen, die die Wärmestuben kommen, das Stück Brot nicht verweigern, weil ich noch nicht berechtigt bin, diese Ausgaben zu machen.

G.R. Freyer (chr. soz.) Sie haben doch in den Kassen so viel Geld!

Bgm. Seitz: Ich bin daher gezwungen eine verfassungsmässige Vorkehrung zu treffen, dass die Geschäfte der Gemeinde fortgeführt und die erforderlichen Ausgaben gemacht werden können; ein Stillstand der Verwaltung ist absolut ausgeschlossen. Daher müssen wir die Ermächtigung zu der Ausgabenwirtschaft unter allen Umständen haben.

Nun glaube ich ohneweiters, dass es Ihnen angenehmer wäre, wenn wir am 1. Jänner einen Exleuzustand hätten und die Ausgaben nach Paragraph 96 der Gemeindeverfassung machen müssten. Ich kann mir schon vorstellen, wie die ganze bürgerliche Presse zu dieser Sache Stellung nehmen würde. Ich rede in solchen Fällen niemals von ausgesprochenen Parteiblättern, wie zum Beispiel Reichspost oder Arbeiter-Zeitung, aber gewisse

andere Blätter wie Lueger sagen würde, die "Judenblätter", würden selbstverständlich nicht sagen: Im Parlament drüben ist die Opposition so vernünftig gewesen und hat das Budget nicht obstruiert, aber im Gemeinderat war sie unvernünftig und hat obstruiert. Nein! Sondern sie würde umgekehrt sagen, dort drüben war die Regierung so weise und so stark, die Opposition zu überwinden, aber im Gemeinderat war die Regierung so einfältig und schwach, sie nicht überwinden zu können. (Lebhafte Heiterkeit). So würde man schreiben! Aber auch aus anderen Gründen werden wir einen anderen Weg wählen müssen, jedenfalls einen solchen, der verfassungsrechtlich gangbar ist. Da wir aber die normale Budgetdebatte wollen, die freie Kritik der Opposition, richte ich an alle Mitglieder des Hauses den dringenden Appell, diese normale Beratung nicht zu verhindern, sondern sie umgekehrt zu ermöglichen und dadurch die Garantie zu schaffen, dass einer-

seits die Beratung vernünftig geführt, andererseits die Verwaltung auch vom 1. Jänner an ordnungsgemäss geführt werden kann. Wenn die Opposition Wünsche hat, so hat sie jederzeit Gelegenheit, sie zu äussern, (Rufe bei den Christlichsozialen: Ja, aber nur zu äussern!) Wir haben jeder Kritik Stand gehalten, wir haben auch persönlichen Angriffen-ich erinnere gerade an die letzte Rede-Stand gehalten, wir sind durchaus nicht wehleidig, wir halten jeden Angriff aus, wir halten die Kritik der gesamten Presse aus, die Ihnen dient, und ihre Kritik in den Versammlungen, aber wir können nicht von unseren Grundsätzen, auf Grund deren wir von Zweidrittel der Wiener Bevölkerung gewählt sind, abgehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir werden jederzeit auf jede Ihrer Anregungen, auf jeden Ihrer Wünsche in der Form eingehen, dass wir ihn auf seine sachliche Zulässigkeit und darauf hinprüfen, ob er im Rahmen unserer Grundsätze, zu deren Durchsetzung uns zwei Drittel der Wähler berufen haben, möglich ist, aber Sie können und werden von uns nicht verlangen, dass wir uns nur um Haaresbreite von diesen Grundsätzen abdrängen lassen, auf Grund deren wir die Mandate inne haben und zur Verwaltung der Stadt berufen sind. Diese Grundsätze stehen allerdings im schroffen Gegensatz zu ihnen. Das ist der Gegensatz zweier Klassen und daher zweier Parteien, der sich durch die ganze Politik der Republik hindurchzieht, nicht nur hier in der Gemeinde Wien, sondern auch im Bund, in jedem Land und in jeder einzelnen Gemeinde in Oesterreich. Es ist ein schwerer, tiefgehender Gegensatz zweier Klassen und damit zweier Parteien und selbstverständlich muss sich dieser Gegensatz vor allem in der Finanzverwaltung auswirken.

Um was handelt es sich im Grunde genommen? Es handelt sich kurz gesagt darum: Wollen wir den Mieterschutz in Oesterreich abschaffen, wollen wir die Aufwertung, die den Kriegsanleihezeichnern, den Sparkassenbuchbesitzern und so vielen Rentenbesitzern glattweg verweigert wird, beim Hausbesitzkapital vornehmen und es in seiner früheren Höhe und Anspruchsberechtigung wiederherstellen? Daran entscheidet sich viel mehr, als es für den ersten Augenblick aussieht und es ist ganz begrifflich, dass sich um diese Frage die letzten Wahlen gedreht haben. Es ist ganz begrifflich, dass sich hier der Gegensatz immer wieder entzündet. Mieterschutz heisst für uns Notwendigkeit der Wohnbauten, Notwendigkeit der Wohnbauten heisst Notwendigkeit dieser Steuerpolitik, das heisst sich die Sozialdemokraten des Gemeinderates, dass sich die gesamte organisierte Arbeiterschaft Wiens, dass sich die gesamte Sozialdemokratie Wiens, das muss ich hier gegenüber den Angriffen auf Breitner ausdrücklich sagen, wie ein Mann geschlossen hinter den Finanzreferenten stellt. (Lebhafte langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) Wir wissen sehr gut, dass eine Lobeshymne den Stadtrat Breitner nicht beeinflusst, so wenig wie ihn aller Tadel und alle Beschimpfungen nicht beeinflussen, auch wenn sie persönlich sind. Wir wissen das und freuen uns dessen, dass wir in diesem Finanzreferenten einen Mann haben, der mit grosser ökonomischer und mit tiefer finanzpolitischer Bildung eine wirklich harte Entschlossenheit bereinigt und das, was leider geschehen muss, auch durchzuführen weiss. In dem Augenblick aber, in dem Breitner sich von diesen Grundsätzen von Einzelheiten und Details der Durchführung scheinbar ab-einmal abtrennen liesse, würde er das Vertrauen der Partei, die ihn berufen hat, verlieren und würde von der Stelle weggeschwemmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Diese Politik ist nicht seine persönliche Politik, er hat sie wesentlich zu beeinflussen und wie jeder, der bei uns etwas zu sagen weiss, beeinflusst er sie auch. Das ist richtig.

Aber diese Steuerpolitik ist in ihren Grundsätzen die Politik einer grossen Partei hier in Wien deren Exponent und Durchführungsorgan auf diesem Gebiet Breitner ist und die heute man mag es begrüessen oder nicht-unbedingt notwendig ist. Ich sage immer wieder ganz offen, dass wir auch in unseren eigenen Reihen nicht selten Beschwerden hören. Es ist ja vollkommen erklärlich dass es einen Verein, wenn er etwa irgend eine Veranstaltung trifft sei es selbst eine Bildungsanstalt, die mit ein wenig Musik und Lustbarkeit verbunden ist-natürlich nicht angenehm ist, wenn er dafür Steuer zahlen muss. Wir hören diese Klagen nicht selten, wir sagen den Betroffenen auch, dass diese Steuer abgeschaffen würden, wenn wir könnten. Wir sind von der Fürsorgeabgabe durchaus nicht begeistert. Aber ich brauche mich nicht erst auf das seinerzeitige Bundesgesetz zu berufen, das uns diese vierprozentige Fürsorgeabgabe auferlegt und uns durch lange Zeit gezwungen hat, sie auf die Gefahr hin einzuheben, die Ueberweisungen, unsere berechtigten Anteile an den staatlichen Steuereingängen von Wien überhaupt nicht zu bekommen. Ich verweise erst gar nicht auf diese Tatsache, denn wir müssen diese Fürsorgeabgabe so sehr wir sie als eine oft rühe Steuer, eine in vieler Hinsicht ungerechte, weil ungleichmässige Steuer empfinden, aufrecht erhalten, weil wir durch die wirtschaftliche und finanzielle Lage dazu gezwungen sind. Diese Steuerpolitik wird also aufrecht bleiben, bis zu dem Augenblick in dem die Wähler neu entscheiden werden. Wir wissen sehr gut, dass wir den Mieterschutz aufrecht erhalten müssen, weil wir auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie erhalten wollen, ohne den Arbeiter zu verelenden und weil wir die Staatswirtschaft erhalten wollen, ohne den Beamten zu verelenden, denn wenn Staat und Gemeinde dem Beamten einen Gehalt geben müssen, der so hoch wäre, dass der Einzelne im Stande ist den Friedenszins zu bezahlen, dann müsste dies die Staatskasse und die Kassen der Gemeinde und Länder sprengen und die ganze Ausgabenwirtschaft zerstören. Wir wissen also, dass wir den Mieterschutz erhalten müssen und dass wir/mir allen seinen Konsequenzen erhalten müssen. Wir werden ihn also bis zu dem Augenblick aufrecht erhalten, in dem das Volk der Republik und das Volk von Wien darüber entscheidet. Ich stehe gar nicht an, offen zu sagen: Wenn Sie glauben, dass die Stimmung der Bevölkerung eine andere geworden ist und dass die Aufhebung des Mieterschutzes und die Aufhebung der notwendigen Steuerpolitik, ^{möglich ist,} dann lade ich Sie ein: Machen wir Neuwahlen in Oesterreich (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten und Christlichsozialen.)

Es vollzieht sich hier genau dasselbe was sich schon drüben im Parlament vollzogen hat. Immerwieder, ob diese Worte Bundeskanzler Seipel drüben sagt, oder ob ich sie hier sage, ob sie der A oder der B sagt, immer kann der Betreffende des Erfolges im ganzen Hause sicher sein. Aber ich gehe nicht nach diesem Beifall und sage in aller Ruhe: Wenn diese Ueberzeugung auch bei Ihnen wirklich besteht, dann wird Seipel, der doch auch ein Demokrat ist, dieser Anregung gewisse Folge leisten und die notwendigen Gesetze vorlegen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Aber die Gemeinde geht doch den Seipel nichts an!) Jetzt habe ich Sie dort, wo ich sie haben wollte! Es wäre Ihnen natürlich sehr angenehm, die Nationalratswahlen zu separieren. (Lebhafte Rufe bei den Christlichsozialen: Aha!) und dadurch zu verhindern, dass sich der ungeheure Erfolg, den sich die Sozialdemokratie durch ihre Wirtschaft in der Gemeinde erringt, bei einer Nationalratswahl voll auswirken kann. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. Lebhaftes Gegenrufe bei den Christlichsozialen.)

So steht also die Sache und darum glaube ich, dass sich diese Trennung natürlich nicht vollziehen lassen wird. Ich sage bekenne: Wir haben bei den letzten Wahlen selbstverständlich auch hinsichtlich der Nationalratsmandate einen Zuwachs erfahren und vor allem durch die Mandate in Wien, die wir hier auf Grund unserer Gemeindepolitik erworben haben, und das wird sich natürlich bei jeder künftigen Wahl zeigen, weil eine gute positive Politik immer besser wirkt, als die Negation und die blosse Kritik. Wir haben in Wien gezeigt, wie man es macht, einen Erfolg erzielt und haben dadurch die Massen der Arbeiter gewonnen, und weiter darüber hinaus die Massen der Angestellten, Fixbesoldeten, der geistigen Arbeiter und nicht wenige von dem Kleingewerbe und wir werden von hier aus auch in die Masse der wirklich arbeitenden Bauernschaft eindringen, indem wir ihr in einem kleinen Ausschnitt zeigen, wie sich sozialdemokratische Steuerpolitik, die sozialdemokratische Finanzpolitik, wie sich die sozialdemokratische Gesamtpolitik überhaupt auswirkt.

Nun, es freut mich aber meine Herrn, dass ich gerade jetzt richtige Stimmung bei Ihnen antreffe. Sie sind jetzt etwas heiter und sind daher hoffentlich auch etwas empfänglich für das, was ich zusammenfassend sagen will. Ich halte dafür, dass es ein Fehler wäre, wenn wir jetzt unmittelbar vor den Wahlen die normale Führung der Verwaltung absetzen. Wir haben es uns lange überlegt, ob wir dort, wo wir in der Opposition sind, wo immer es sei, im Nationalrat oder in einer Gemeinde - das machen sollen. Und wir haben uns dahin entschieden, dass man bis zu dem Moment, in dem die Neuwahlen kommen, überall diejenigen, die die Verantwortung tragen, die Verwaltung zu Ende führen lassen sollte, ohne sie durch Obstruktion gewaltsam zu stören. (Rufe bei den Christlichsozialen: Siehe steirischer Landtag!) Und wir haben die Obstruktion daher überall selbst, sowie im steirischen Landtag, nach unseren Grundsätzen über Obstruktion wirklich berechtigt war, wieder eingestellt und haben wieder den Weg der Vereinbarung gefunden und Ordnung gemacht.

Darum fühle ich mich verpflichtet Ihnen zu sagen: Ich bitte die Opposition, diese Art der Geschäftsführung, wie sie hier begonnen wurde, nicht fortzusetzen. Ich stelle die Bitte an Sie im Interesse der Stadt, der wir alle zu dienen haben, die Budgetdebatte klaglos bis längstens 31. Dezember zu Ende führen zu lassen, so dass sich die Verwaltung ab 1. Jänner mit Ruhe und in Ordnung vollziehen kann. Daran haben wir alle ein gemeinsames Interesse. Es wäre mir gar nicht angenehm, wenn ich zu irgendwelchen ausserordentlichen Mitteln greifen müsste, um doch verfassungsmässig die Ordnung herzustellen. Ich glaube nicht, dass es in Ihrem Parteiinteresse läge, wenn man jetzt in diesem Zeitpunkte derartige Kämpfe aufführt. Es wird sich vielmehr, da wir alle Neuwahlen wünschen, empfehlen, in jeder Gebietskörperschaft der Majorität zeigen zu lassen, wie sie verwalten kann, damit sich aus den Auswirkungen jeder Wähler ein richtiges Urteil bilden kann, was dann die Grundlage seiner Entscheidung sein soll.

Ich weiss, dass ich gerade mit meinen letzten Worten nicht den Beifall aller meiner Parteifreunde finde, dass sie vielleicht gewüsst hätten, von mir nicht solche Töne zu hören. Aber ich sage noch einmal: Ich habe mich verpflichtet gehalten, dem Parteimann soweit als möglich zu unterdrücken und das Sachliche, das Gesamtinteresse in den Vordergrund zu stellen. Ich bitte Sie nunmehr in die Spezialdebatte einzugehen und sie so zu führen, dass wir ab 1. Jänner normaler Weise auf Grund eines vom Gemeinderate beschlossenen Budgets die Verwaltung führen können. (Stürmischer und langdauernder Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gemeinderat Hofbauer (Soz. Dem.) beantragt Schluss der Debatte. Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Derselbe Gemeinderat beantragt die Wahl von Generalrednern. Auch dieser Antrag wird von den Sozialdemokraten angenommen, worauf Stadtrat Kunschak aufmerksam macht, dass es schon ein Uhr mittag ist und für diese Zeit Schluss der Sitzung vereinbart wurde. Es wird daher die Wahl von Generalrednern für die Nachmittagsitzung anberaumt und Gemeinderat Weigl schliesst einige Minuten nach ein Uhr mittag die Sitzung.

22/12

✓